

# Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	V
Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXI

## Teil 1: Weiterentwicklungen des Unternehmensrechts

§ 1 Öffentliches Recht des Unternehmens: Bedeutung und Elemente ( <i>Burgi</i> ) ...	1
§ 2 Privatrechtliche Vorgaben für Organisation und Unternehmensführung im Überblick ( <i>Habersack</i> ) .....	15
§ 3 Völker- und europarechtlicher Rahmen von Nachhaltigkeit ( <i>Walter</i> ) .....	31
§ 4 Privatrechtliche Gemeinwohl-, insbesondere Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Unternehmen ( <i>Habersack</i> ) .....	43
§ 5 Corporate Social Responsibility – neue Formen normativer Steuerung im globalen Ordnungsrahmen ( <i>Spießhofer</i> ) .....	71

## Teil 2: Verfassungsrechtlicher Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens

§ 6 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens im Recht der Europäischen Union ( <i>Wolff</i> ) .....	103
§ 7 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens unter dem Grundgesetz ( <i>Burgi</i> ) .....	129

## Teil 3: Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen

<b>Kapitel 1: Nachhaltigkeit</b> .....	153
§ 8 Umweltrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben ( <i>Durner</i> ) .....	153
§ 9 Ansätze verwaltungsrechtlicher Vorgaben betreffend Soziales und Governance ( <i>Burgi</i> ) .....	181
§ 10 Verwaltungsrechtliche Vorgaben für Lieferketten (Public Enforcement) ( <i>Altenschmidt</i> ) .....	191
§ 11 Nachhaltige Unternehmensführung im Vergaberecht ( <i>Burgi</i> ) .....	215
§ 12 Nachhaltige Unternehmensführung in der KfW-Förderung ( <i>Hardraht</i> ) .....	227
<b>Kapitel 2: Regulatorische Vorgaben</b> .....	241
§ 13 Datenschutzrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen ( <i>Krönke</i> ) .....	241
§ 14 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Finanzunternehmen (inklusive Sustainable Finance Regulierung) ( <i>Kaufhold</i> ) .....	267
§ 15 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Energieunternehmen ( <i>Ludwigs</i> ) .....	293
§ 16 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Unternehmen mit staatlicher Minderheitsbeteiligung und ihre gesellschaftsrechtliche Umsetzung ( <i>Koch</i> ) ..	335
§ 17 Sonderregelungen im Zuge von staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise ( <i>Koch/Linnartz</i> ) .....	367

IX

#### Teil 4: Organisationsrecht des Öffentlichen Unternehmens

§ 18 Europa- und verfassungsrechtlicher Rahmen des Öffentlichen Unternehmens ( <i>Burgi</i> ) .....	385
§ 19 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen auf Bundes- und Landesebene ( <i>Mann</i> ) .....	409
§ 20 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben für Landesförderbanken, Landesbanken und Sparkassen ( <i>Becker</i> ) .....	457
§ 21 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen in kommunaler Trägerschaft ( <i>Gaß</i> ) .....	485
§ 22 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen in Öffentlich-Privater Partnerschaft (PPP) ( <i>Siebler</i> ) .....	551
§ 23 Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben für Informationsbeziehungen betreffend das Öffentliche Unternehmen ( <i>Burgi</i> ) ..	569
§ 24 Verwaltungsrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen ( <i>Burgi</i> ) .....	589
§ 25 Umsetzung der verwaltungsrechtlichen Vorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen im Gesellschaftsrecht ( <i>Teichmann</i> ) .....	601
Sachverzeichnis .....	637

# Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	V
Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXI

## Teil 1: Weiterentwicklungen des Unternehmensrechts

§ 1 Öffentliches Recht des Unternehmens: Bedeutung und Elemente ( <i>Burgi</i> ) ...	1
I. Gegenstand .....	1
II. Das (europäische) Verfassungsrecht als übergreifender Rahmen .....	3
III. Deutsches und europäisches Verwaltungsrecht .....	3
IV. Verwirklichung des Gemeinwohls durch Öffentliches Recht und durch Privatrecht .....	4
1. Im Hinblick auf die öffentlichen Unternehmen .....	4
2. Im Hinblick auf die privatwirtschaftlichen Unternehmen .....	5
V. Verwaltungsrechtliche Vorgaben für private Unternehmen .....	9
1. Privatwirtschaftliche Unternehmen als neu entdeckter Steuerungsgegenstand und als Steuerungsressource .....	9
2. Rechtsquellen und Regelungskontexte .....	10
3. Regelungsgegenstände .....	11
VI. Verwaltungsrechtliche Vorgaben für Öffentliche Unternehmen .....	13
§ 2 Privatrechtliche Vorgaben für Organisation und Unternehmensführung im Überblick ( <i>Habersack</i> ) .....	15
I. Einführung .....	15
II. AG und GmbH .....	16
1. Übereinstimmende Strukturmerkmale .....	16
2. Strukturunterschiede .....	19
3. Fazit .....	28
III. SE, KGaA und KG .....	28
1. SE .....	28
2. KGaA .....	29
3. KG .....	30
§ 3 Völker- und europarechtlicher Rahmen von Nachhaltigkeit ( <i>Walter</i> ) .....	31
I. Der „regulatory turn“ im modernen Völkerrecht .....	31
II. Nachhaltigkeit als Begriff und Konzept des Völkerrechts .....	32
1. Von Stockholm über den Brundtland-Bericht nach Rio und Johannesburg: Die Herausbildung und Veränderung des Konzepts der Nachhaltigkeit .....	33
2. Nachhaltigkeit und Völkervertragsrecht .....	34
3. Nachhaltigkeit als übergeordnetes Strukturprinzip des Umweltvölkerrechts .....	34
4. Nachhaltigkeit als weiche Verpflichtung (soft law) .....	35
III. Der normative Inhalt des Nachhaltigkeitsprinzips .....	36
IV. Adressaten völkerrechtlicher Nachhaltigkeitspflichten .....	36
1. Staatliche Stellen (Gesetzgeber, Behörden, Gerichte) .....	36
2. Privatrechtssubjekte in der innerstaatlichen Ordnung .....	37

3. Insbesondere: Öffentliche Unternehmen .....	38
4. Innerstaatliche Wirkungen von soft law .....	39
V. Nachhaltigkeit im Unionsrecht .....	39
1. Nachhaltigkeit im Primärrecht .....	39
2. Nachhaltigkeit im Sekundärrecht .....	40
VI. Fazit: Völker- und europarechtliche Prägung einer nachhaltigen Unternehmensführung .....	41
§ 4 Privatrechtliche Gemeinwohl-, insbesondere Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Unternehmen ( <i>Habersack</i> ) .....	43
I. Grundlagen .....	44
1. Kontext .....	44
2. Abgrenzung .....	45
3. Nachhaltigkeitsvorgaben im Überblick .....	46
II. Normadressaten .....	46
1. Vergütungsbezogene Vorgaben .....	47
2. Erklärung zum DCGK .....	47
3. Mitbestimmung, Geschlechterquoten, Zielgrößen .....	47
4. Lieferkettenverantwortung .....	48
5. Nichtfinanzielle Erklärung .....	48
III. Legitimation und Typologie nachhaltigkeitsbezogener Vorgaben .....	49
1. Internalisierung externer Effekte .....	49
2. Typologie .....	50
IV. Organisationsverfassungsbezogene Vorgaben .....	51
1. Mitbestimmung .....	51
2. Geschlechterquoten und Zielgrößen .....	51
V. Sorgfaltspflichten der Unternehmen .....	52
1. LkSG .....	52
2. Vorschlag einer Sorgfaltspflichten-Richtlinie .....	53
VI. Sorgfaltspflichten der Geschäftsleiter .....	54
1. Legalitätspflicht .....	54
2. Organisationspflichten .....	56
3. Leitungsermessen im Rahmen unternehmerischer Entscheidungen ...	57
VII. Marktbezogene Instrumente .....	64
1. Nichtfinanzielle Erklärung .....	64
2. Erklärung zum DCGK .....	67
3. Organvergütung .....	68
VIII. Fazit und Ausblick .....	69
§ 5 Corporate Social Responsibility – neue Formen normativer Steuerung im globalen Ordnungsrahmen ( <i>Spießhofer</i> ) .....	71
I. Worum geht es bei Corporate Social Responsibility (CSR)? .....	72
1. Funktion .....	72
2. Definition? .....	73
3. Konzeption .....	75
II. „Anwendungsbereich“ – Der Unternehmensbegriff .....	78
1. Der Unternehmensbegriff internationaler CSR-Instrumente (Überblick) .....	78
2. Funktional-teleologischer Unternehmensbegriff .....	80
3. Das Unternehmen als Verantwortungsverbund (Group Responsibility) .....	81
III. CSR – neue Formen normativer Steuerung .....	84
1. Wer steuert? .....	84

2. Wesentliche Steuerungsansätze (Genese, Ausformung, Wirkung) . . . . .	85
3. Herausforderungen . . . . .	98
IV. Ausblick: Brauchen wir einen neuen Rechtsbegriff? . . . . .	100

**Teil 2: Verfassungsrechtlicher Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens**

§ 6 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens im Recht der Europäischen Union ( <i>Wolff</i> ) . . . . .	103
I. Einführung . . . . .	104
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Debatten auf nationaler und unionaler Ebene . . . . .	104
III. Primärrechtliche Maßstäbe: Grundfreiheiten und Grundrechte . . . . .	105
1. Die (Wirtschafts-)Grundrechte der GRC . . . . .	106
2. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes . . . . .	122
IV. Rechtsschutz . . . . .	125
1. Rechtsschutz durch den Gerichtshof der Europäischen Union . . . . .	126
2. Rechtsschutz durch das Bundesverfassungsgericht . . . . .	127
§ 7 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens unter dem Grundgesetz ( <i>Burgi</i> ) . . . . .	129
I. Relevante Grundrechte . . . . .	130
1. Grundrechte des Unternehmens: Berufsfreiheit, Gesellschaftseigentum und Vereinigungsfreiheit . . . . .	130
2. Anteilseigentum (Art. 14 GG) . . . . .	134
II. Übergreifende Aspekte . . . . .	135
1. Differenzierung nach der Unternehmensgröße bzw. einem personalen Bezug? . . . . .	135
2. Charakteristika der hier infrage stehenden Eingriffe . . . . .	137
3. Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	138
4. Übergreifende Aspekte der materiellen Rechtfertigung . . . . .	139
III. Schutzgegenstände und Rechtfertigungsprüfung bei Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	142
1. Differenziertere Betrachtung des Schutzbereichs der Berufsausübungsfreiheit . . . . .	142
2. Kreis und notwendiges Gewicht der Gemeinwohlbelange . . . . .	144
3. Verhältnismäßigkeitsmaßstab und Kontrolldichte . . . . .	144
4. Zusätzliche Hinweise zu einzelnen Regelungsgegenständen . . . . .	146
IV. Gegebenenfalls hinzutretende Schutzwirkungen der Eigentumsgarantie . . . . .	148
1. Schutzwirkung gegenüber allgemeinen Regelungen des Gesellschaftsrechts . . . . .	148
2. Schutzwirkung gegenüber organbezogenen gesellschaftsrechtlichen Gemeinwohlvorgaben . . . . .	148
3. Schutzwirkung gegenüber Maßnahmen der rechtlichen Entflechtung . . . . .	149
4. Finanzielle Ausgleichspflicht als Merkposten für die Zukunft . . . . .	149
V. Rechtsschutz . . . . .	151

### Teil 3: Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen

<b>Kapitel 1: Nachhaltigkeit</b> .....	153
§ 8 Umweltrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben ( <i>Durner</i> ) .....	153
I. Nachhaltigkeit als Aufgabe von Staat, Gesellschaft und Unternehmen ...	154
II. Betriebsorganisation und Eigenüberwachung als unternehmerische Kernpflichten .....	155
1. Ergänzung des materiellen Umweltrechts um eine unternehmensbezogene Innenperspektive .....	155
2. Die Ausstrahlung der materiellen Pflichten des Umweltrechts in das Unternehmen .....	157
3. Organisatorische Konsequenzen des materiellen Umweltrechts .....	158
4. Gesetzliche Akzentuierungen der Pflicht zu umweltgerechter Betriebsorganisation .....	159
5. Informale Standards, insbesondere die ISO 14001 über Umweltmanagementsysteme .....	159
6. Sanktionen und Rechtsschutz .....	160
III. Gesetzliche Ausformungen der Eigenüberwachungspflicht .....	161
1. Eigenüberwachung im Immissionsschutzrecht .....	161
2. Eigenüberwachung im Wasserrecht .....	163
3. Eigenüberwachung im Störfallrecht .....	164
4. Sanktionen und Rechtsschutz .....	164
IV. Die Organisationspflicht zur Bestellung von Umweltschutzbeauftragten .	164
1. Der Immissionsschutzbeauftragte nach den §§ 53 ff. BImSchG .....	165
2. Der Gewässerschutzbeauftragte nach den §§ 64 ff. WHG .....	166
3. Der Störfallbeauftragte nach den §§ 58a ff. BImSchG .....	167
4. Weitere Ausprägungen – Verallgemeinerungspotential .....	167
5. Multifunktionalität in der Praxis .....	168
6. Sanktionen und Rechtsschutz .....	168
V. Unternehmenspflichten zur Information über Nachhaltigkeit .....	169
1. Der rechtliche Trend zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsberichterstattung .....	169
2. Mitteilungspflichten zur Betriebsorganisation gegenüber der Überwachungsbehörde .....	169
3. Weitere Pflichten zur Information der Behörden und der Öffentlichkeit .....	170
4. Sanktionen und Rechtsschutz .....	171
VI. Das sog. Öko-Audit und andere Formen der betrieblichen Zertifizierung	171
1. Die EMAS III-Verordnung als zentrales Instrument des Nachhaltigkeitsaudits .....	171
2. Das Auditierungsverfahren .....	172
3. Rechtsfolgen der Auditierung .....	174
4. Sanktionen und Rechtsschutz .....	175
VII. Ökologische Pflichten in der unternehmerischen Lieferkettenverantwortung .....	175
VIII. Umweltrechtsfragen des Arbeitsrechts .....	176
1. Nachhaltigkeit und technischer Arbeitsschutz .....	177
2. Mitbestimmung in Nachhaltigkeitsfragen .....	177
IX. Umweltrechtliche Vorgaben zur Unternehmens- und Aktionärsstruktur .	178
X. Die Bilanz aus Sicht der Unternehmen .....	179

§ 9 Ansätze verwaltungsrechtlicher Vorgaben betreffend Soziales und Governance (Burgi) .....	181
I. Gegenwärtiges Spektrum .....	181
II. Begriffe und ihre Relevanz .....	182
1. Soziale Nachhaltigkeitskriterien .....	182
2. Governancebezogene Nachhaltigkeitskriterien .....	183
III. Auswahl bestehender organisationsbezogener Pflichten .....	184
1. Einrichtung von Beauftragten oder Verantwortlichen .....	184
2. Pflichten zur (teilweisen) Ausrichtung der Geschäftsorganisation an bestimmten öffentlichen Interessen .....	185
3. Vorgaben zur Entflechtung .....	185
IV. Überblick: An die privatrechtlichen Organisationsvorgaben des LkSG anknüpfende verfahrensrechtliche Pflichten (Public Enforcement) .....	186
V. Bevorstehende und perspektivische Erweiterung verwaltungsrechtlicher Vorgaben .....	187
1. Vorschlag einer Sorgfaltspflichten-Richtlinie .....	187
2. Ausblick: Ausrichtung der Geschäftsleiterpflichten auf vorab definierte Gemeinwohlbelange jenseits von Lieferkette und Sorgfaltspflichtenkonzept? .....	190
§ 10 Verwaltungsrechtliche Vorgaben für Lieferketten (Public Enforcement) (Altenschmidt) .....	191
I. Die menschenrechtliche Inpflichtnahme von Unternehmen .....	191
II. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als Gegenstand des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	193
III. Anwendungsbereich des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes .....	195
IV. Die unternehmerischen Sorgfaltspflichten nach LkSG .....	196
1. Grundsätze der Sorgfaltspflichten .....	196
2. Geschützte Rechtspositionen .....	197
3. Die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten im Überblick .....	198
V. Public Enforcement: Verwaltungsbehördliche Durchsetzung und Sanktionierung .....	200
1. Berichtspflichten der Unternehmen .....	200
2. Weitere behördliche Kontrolle und Durchsetzungsbefugnisse .....	201
3. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Sanktionen bei Pflichtverletzungen .....	209
VI. Ausblick: Europäische Nachhaltigkeits- und Lieferkettenrichtlinie .....	212
§ 11 Nachhaltige Unternehmensführung im Vergaberecht (Burgi) .....	215
I. Vergaberecht als Grundlage organisationsbezogener Pflichten bei einer sog. strategischen Beschaffung .....	215
1. GWB-Vergaberecht .....	216
2. In den Landesvergabegesetzen .....	220
3. Im Rechtsrahmen für die Vergabe von Finanzanlagen und Sponsoring .....	220
II. Vergaberecht und Lieferkettenrecht .....	223
1. Lieferkettenrecht als potenzielles Reservoir organisationsbezogener Pflichten außerhalb des Anwendungsbereichs des LkSG .....	223
2. Öffentliche Unternehmen als öffentliche Auftraggeber und zugleich Unternehmen iSv § 1 Abs. 1 LkSG: Übersetzung der im LkSG begründeten organisationsbezogenen Pflichten in Kategorien des Vergaberechts .....	223
3. Vergaberecht als Sanktionsinstrument bei Verstößen gegen das LkSG .....	224

§ 12 Nachhaltige Unternehmensführung in der KfW-Förderung ( <i>Hardraht</i> ) .....	227
I. Einleitung .....	227
II. Die KfW als transformative Förderbank .....	227
1. Förderbank des Bundes .....	227
2. Nachhaltigkeit im Kontext der Transformationsaufgabe der KfW .....	229
III. Nachhaltigkeitsanforderungen .....	230
1. Vorbemerkung .....	230
2. Quellen .....	231
3. Übergeordnete Ausschlüsse und Anforderungen .....	231
4. Nachhaltigkeitsanforderungen an die Führung der finanzierten Unternehmen .....	232
5. Nichteinhaltung von Anforderungen .....	237
<b>Kapitel 2: Regulatorische Vorgaben .....</b>	<b>241</b>
§ 13 Datenschutzrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen ( <i>Krönke</i> ) .....	241
I. Einführung .....	242
II. Rechtliche Rahmenbedingungen im Überblick .....	243
1. Einfachrechtliche Datenschutzregime .....	243
2. Vorgaben aus Grundrechten Dritter .....	244
III. Datenschutzrechtliche Organisationspflichten .....	245
1. Adressaten datenschutzrechtlicher Organisationspflichten im Unternehmen .....	245
2. Inhalte datenschutzrechtlicher Organisationspflichten im Unternehmen .....	249
IV. Verfahrensrechtliche Vorgaben .....	262
1. Einwirkungen der hoheitlichen Datenschutzaufsicht .....	262
2. Einbindung der Unternehmen selbst .....	263
V. Sanktionen .....	263
VI. Rechtsschutz .....	264
VII. Datenschutzrechtliche Zugriffe auf das Unternehmen in der Bilanz .....	264
§ 14 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Finanzunternehmen (inklusive Sustainable Finance Regulierung) ( <i>Kaufhold</i> ) .....	267
I. Einleitung: Öffentliches Finanzmarktrecht ist Verfahrens- und Organisationsrecht .....	268
II. Rechtsgrundlagen und Normadressaten: Die „Grundgesetze“ für Finanzunternehmen .....	270
III. Regelungsziele: Funktionsfähige Finanzmärkte, Ein- und Anlegerschutz, Nachhaltigkeit .....	271
IV. Organisationsbezogene Pflichten: Eigenkapital- und Governance- Anforderungen .....	272
1. Überblick .....	272
2. Quantitative Eigenkapitalanforderungen .....	272
3. Tätigkeitsspezifische Governance-Anforderungen .....	278
4. Sanktionen und Rechtsschutz .....	286
V. Verfahrenspflichten .....	286
1. Informationspflichten: Das Melde- und Offenlegungsregime .....	286
2. Sanierungsplanung .....	291
3. Sanktionen und Rechtsschutz .....	291
VI. Fazit und Ausblick .....	292

§ 15 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Energieunternehmen	
(Ludwigs) .....	293
I. Grundlagen .....	294
1. Ausgangspunkt .....	294
2. Disaggregierter Regulierungsansatz und Netzinfrastrukturen .....	295
3. Ausmaß der unionsrechtlichen Vorprägung .....	296
4. Behördenstruktur .....	298
5. Rechtsschutz .....	298
6. Gang der weiteren Darstellung .....	299
II. Entflechtungsregime .....	299
1. Grundgedanke, ökonomische Logik und Verhältnis zur Sektorenkopplung .....	299
2. Unionsrechtliche Direktiven und nationale Umsetzung .....	301
3. Vorgaben für alle vertikal integrierten Unternehmen .....	301
4. Besondere Vorgaben für Betreiber von Verteilernetzen und Gasspeicheranlagen sowie für Transportnetzeigentümer .....	303
5. Besondere Vorgaben für Transportnetzbetreiber .....	309
6. Betreiber von Wasserstoffnetzen .....	316
7. Durchsetzung, Sanktionierung und Rechtsschutz .....	317
III. Vorgaben zum Betrieb von Energieanlagen und zur Netzplanung .....	319
1. Informationstechnische Sicherheit .....	319
2. Schutz europäisch kritischer Anlagen .....	320
3. Vermeidung schwerwiegender Versorgungsstörungen .....	321
4. Netzplanung .....	322
IV. Vertikales (internes) Diskriminierungsverbot .....	323
V. Vorgaben außerhalb des Netzbereichs .....	324
1. Internes Verbraucherbeschwerdemanagement und Schlichtungsstelle .....	324
2. Durchführung von Energieaudits .....	325
3. Schwerpunkte energierechtlicher Compliance .....	327
4. Pflicht zur Bürger- und Gemeindebeteiligung .....	328
5. Treuhandverwaltung, Kapitalmaßnahmen und Enteignung .....	330
VI. Synthese .....	332
§ 16 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Unternehmen mit staatlicher Minderheitsbeteiligung und ihre gesellschaftsrechtliche Umsetzung (Koch) ..	335
I. Einführung .....	336
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	337
1. Angemessenheit als Einfallstor für verfassungsrechtliche Wertungen ..	337
2. Zulässigkeit und Anforderungen nach dem Demokratieprinzip .....	338
3. Pflicht zur Verfolgung eines öffentlichen Zwecks .....	343
4. Grundrechtsberechtigung und -verpflichtung .....	344
III. Konkretisierungen der Angemessenheitsvorgabe .....	345
1. Generalisierender Ansatz .....	345
2. Vorgaben auf Bundesebene .....	345
3. Vorgaben auf Landesebene .....	345
IV. Möglichkeiten zur Einflussnahme aus einer Minderheitsbeteiligung .....	346
1. Einflussnahme aus einem Aufsichts-/Überwachungsgremium .....	346
2. Informationsversorgung der öffentlichen Hand .....	355
3. Sonstige Möglichkeiten der Einflussnahme .....	357
V. Die staatliche Minderheitsbeteiligung im unternehmerischen Alltag .....	358
1. Privatautonome Bindungen .....	358
2. §§ 394, 395 AktG .....	358

3. §§ 53, 54 HGrG .....	359
4. Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze .....	359
5. Presserechtliche Überlagerungen .....	360
6. Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht .....	360
7. Public Corporate Governance Kodex .....	360
VI. Das VW-Gesetz als gesetzliche Ausgestaltung der Minderheitsbeteiligung .....	360
1. Allgemeine Grundsätze .....	360
2. Die Entstehungsgeschichte des VW-Gesetzes .....	361
3. Europäische Kommission vs. Bundesrepublik Deutschland .....	362
4. Urteilsdeutung und nationale Umsetzung .....	363
5. Fortdauer der juristischen Diskussion .....	364
§ 17 Sonderregelungen im Zuge von staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise ( <i>Koch/Linnartz</i> ) .....	367
I. Einleitung .....	368
II. Rechtsrahmen für Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise .....	368
1. StFG und WStBG .....	368
2. Rechtsnatur des WSF .....	369
3. Die verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen nach dem StFG .....	370
4. Vereinbarkeit mit europäischem Beihilferecht .....	371
III. Anforderungen und Ausgestaltung einer Stabilisierungsmaßnahme .....	372
1. Anforderungen im Einzelnen .....	372
2. Festsetzung der Bedingungen für den Einzelfall .....	374
IV. Modifikationen des Gesellschaftsrechts durch das WStBG .....	377
1. Aktienrecht .....	377
2. GmbH-Recht .....	378
3. Sonstige Modifikationen .....	378
V. Rechte und Pflichten während einer Stabilisierungsmaßnahme .....	378
1. Rechte und Pflichten des WSF .....	378
2. Umsetzung der Auflagen und Bedingungen .....	380
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Auflagen und Bedingungen .....	382
VI. Beendigung einer Stabilisierungsmaßnahme .....	382
VII. Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Energiesicherungsgesetz (EnSiG) ..	383
VIII. Ausblick .....	384

#### **Teil 4: Organisationsrecht des Öffentlichen Unternehmens**

§ 18 Europa- und verfassungsrechtlicher Rahmen des Öffentlichen Unternehmens ( <i>Burgi</i> ) .....	385
I. Begriff und Problemhorizont des Öffentlichen Unternehmens .....	386
II. Funktionen und Bedeutung .....	387
III. Anforderungen an Gründung und Trägerstrukturen .....	389
1. Relevante Nachteile der Verselbstständigung .....	389
2. Bei Eigengesellschaften .....	390
3. Bei gemischt-öffentlichen Unternehmen .....	391
4. Bei gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen (PPP) .....	392
5. Bilanz .....	393
IV. Anforderungen an die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform(en) 1. Stärken und Schwächen der privatrechtlichen Organisationsform(en) aus der Perspektive des Öffentlichen Rechts .....	393
2. Formenwahlfreiheit innerhalb weniger verfassungsrechtlicher Grenzen .....	394
3. Bilanz .....	396

V. Höherrangiger Rechtsrahmen von Einwirkungspflicht und Einwirkungsrechten (Public Corporate Governance) .....	396
1. Ausgangspunkt: Fortbestehende Bindungen aus dem höherrangigen Recht .....	396
2. Konsequenzen: Zweckprogrammierung und Einwirkungspflicht .....	401
3. Höherrangiger Rechtsrahmen von Einwirkungsrechten .....	403
§ 19 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen auf Bundes- und Landesebene ( <i>Mann</i> ) .....	409
I. Einführung .....	410
II. Rechtlicher Bezugsrahmen .....	411
1. Haushaltsgrundsatzgesetz (HGGrG) .....	411
2. BHO/LHO .....	413
3. PCGK des Bundes und der Länder .....	414
III. Bundes-/Landesbetriebe, § 26 BHO/LHO .....	419
1. Einrichtung von Bundes- oder Landesbetrieben .....	419
2. Wirtschaftsplan .....	420
3. Landesrechtliche Abweichungen .....	420
IV. Privatrechtliche Organisationsform .....	421
1. Zugangsvoraussetzungen für die Privatrechtsform (§ 65 BHO/LHO) .....	422
2. Rechtsformbezogene Sonderfragen .....	427
3. Flankierende Bestimmungen des B-PCGK zu Gremienzusammensetzung .....	428
4. Steuerung des Unternehmens .....	434
5. Compliance .....	452
V. Juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	454
1. Einführung .....	454
2. Verhältnis § 112 Abs. 2 BHO zu § 105 Abs. 1 BHO .....	455
3. Anwendbare Vorschriften der BHO .....	455
4. Beteiligung an privatrechtlichem Unternehmen .....	455
5. PCGK .....	456
VI. Gemischt-öffentliche Unternehmen .....	456
§ 20 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben für Landesförderbanken, Landesbanken und Sparkassen ( <i>Becker</i> ) .....	457
I. Öffentliche Kreditinstitute in dem „Drei-Säulen-System“ .....	458
II. Öffentliche Kreditinstitute als Anstalten des öffentlichen Rechts .....	458
1. Wahlfreiheit und gesetzliche Vorgaben .....	458
2. Rollenverteilung in der Anstalt des öffentlichen Rechts .....	459
III. Äußere Organisation und Auftrag .....	462
1. Sparkassen .....	462
2. Landesbanken .....	463
3. Förderbanken .....	466
IV. Innere Organisation .....	468
1. Organstruktur .....	468
2. Leitungs- und Vertretungsorgan .....	468
3. Aufsichtsorgan .....	470
4. Träger und Trägerversammlungen .....	476
5. Beiräte .....	479
V. Aufsicht und Kontrolle .....	480
1. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Aufsicht durch BaFin, Bundesbank oder EZB .....	480

2. Verwaltungsorganisatorische Aufsicht des Landes .....	481
3. Kontrolle durch den Rechnungshof des Landes .....	482
§ 21 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen in kommunaler Trägerschaft ( <i>Gaß</i> ) .....	485
I. Einführung: Kommunale Unternehmen im supranationalen und nationalen Regelungsgeflecht, Untersuchungsgegenstand .....	487
II. Kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen .....	488
1. Kommunales Selbstverwaltungsrecht .....	488
2. Bindung an den öffentlichen Zweck .....	490
3. Die Wahlfreiheit der Organisations- und Handlungsformen .....	490
III. Landesrecht als einschlägiges Recht und der Einfluss des Gesellschaftsrechts .....	492
IV. Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben .....	494
1. Gegenstand und Adressaten der Vorgaben .....	494
2. Allgemeine Vorgaben betreffend die Gründung und den Bestand kommunaler Unternehmen .....	500
3. Vorgaben für Unternehmen in Privatrechtsform .....	510
4. Vorgaben in Bezug auf mittelbare Beteiligungen .....	516
5. Vorgaben betreffend die Rechtsformenwahl .....	517
6. Sonstige Vorgaben .....	518
V. Verwaltungsrechtliche Vorgaben an die Führung kommunaler Unternehmen .....	520
1. Vorgaben betreffend die kommunale Vertretung in den Unternehmensorganen .....	520
2. Einrichtung eines Beteiligungsmanagements .....	527
3. Grundsätze für die Führung kommunaler Unternehmen .....	528
4. Erweiterte Unternehmensplanung, Rechnungslegung und Prüfung ...	532
5. Vorgaben für Öffentlichkeit und Publizität .....	541
V. Sanktionen und Rechtsschutz .....	545
1. Rechtsschutz der Kommunen und kommunaler Anstalten des öffentlich-rechts gegen aufsichtliche Maßnahmen .....	546
2. Rechtsschutz kommunaler Unternehmen gegen Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen seitens der Kommune .....	546
3. Rechtsschutz Privater gegen die kommunalwirtschaftliche Betätigung .	547
§ 22 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen in Öffentlich-Privater Partnerschaft (PPP) ( <i>Siebler</i> ) .....	551
I. Bedeutung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften in Deutschland .....	552
II. Begriff und Ausgestaltungsformen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften .....	553
1. Begriffliche Einordnung .....	553
2. Differenzierung der Ausgestaltungsformen .....	554
3. Ableitung von praxistypischen Modellen .....	555
III. Rechtsrahmen für die Begründung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften .....	557
1. Gesetzliche Zulässigkeit für Form der Aufgabenwahrnehmung .....	557
2. Haushaltsrechtliche Anforderungen an die Betätigung .....	559
3. Keine spezifischen strukturellen Vorgaben für die Organisationsausgestaltung .....	561
4. Steuerungsanforderungen an das Kooperationsverhältnis .....	561
IV. Ausschreibungspflicht von Öffentlich-Privaten Partnerschaften .....	562
1. Anwendbarer Vergaberechtsrahmen .....	562

2. Vergaberechtliche Einordnung öffentlich-privater Partnerschaften . . . .	563
3. Projektgesellschaft als öffentlicher Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber . . . . .	566
§ 23 Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben für Informationsbeziehungen betreffend das Öffentliche Unternehmen ( <i>Burgi</i> ) . .	569
I. Informationen als Voraussetzung der Einwirkung und als Instrument der externen Kontrolle . . . . .	570
1. Funktionen . . . . .	570
2. Akteure . . . . .	571
II. Einwirkung über Berichterstattung durch das Unternehmen (Überblick)	572
III. Einwirkung über Informationsbeschaffung durch beteiligungsführendes Ministerium bzw. Bürgermeister . . . . .	573
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	573
2. Verwaltungsrechtliche Vorgaben . . . . .	579
3. Kommunalspezifische Besonderheiten . . . . .	582
IV. Externe Kontrolle über Berichterstattung und Auskunftspflichten (Überblick) . . . . .	585
1. Bundesrechnungshof und Rechnungshöfe der Länder . . . . .	586
2. Bürger und Presse . . . . .	587
§ 24 Verwaltungsrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen ( <i>Burgi</i> ) . . . . .	589
I. Spektrum und Entwicklungsperspektiven . . . . .	589
II. Klimaschutz . . . . .	591
1. Vorgaben auf Bundesebene . . . . .	591
2. Vorgaben auf Landesebene und für kommunale Unternehmen . . . . .	592
III. Gleichstellung und Diversity . . . . .	593
1. Vorgaben auf Bundesebene . . . . .	593
2. Vorgaben auf Landesebene . . . . .	595
3. Zusätzliche Vorgaben betreffend kommunale öffentliche Unternehmen . . . . .	596
IV. Vergütungsbezogene Vorgaben . . . . .	597
1. Ausgangslage im Gesellschaftsrecht . . . . .	597
2. Vorgaben auf Bundesebene (B-PCGK) . . . . .	597
3. Vorgaben auf Landesebene . . . . .	598
4. Vorgaben für die kommunale Ebene . . . . .	599
§ 25 Umsetzung der verwaltungsrechtlichen Vorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen im Gesellschaftsrecht ( <i>Teichmann</i> ) . . . . .	601
I. Grundlagen . . . . .	602
1. Das öffentliche Unternehmen . . . . .	603
2. Organisationsformen für öffentliche Unternehmen . . . . .	603
3. Wahlfreiheit der Organisationsformen . . . . .	605
II. Entscheidungsparameter bei Auswahl der geeigneten Rechtsform . . . . .	606
1. Verwaltungsrechtliche Vorgaben . . . . .	606
2. Gesellschaftsrechtliche Entscheidungsparameter . . . . .	607
III. Gründung einer privatrechtlichen Organisationsform . . . . .	610
1. Subsidiarität der öffentlichen Leistungserbringung . . . . .	611
2. Unternehmensgründung in Form der Kapitalgesellschaft . . . . .	611
3. Verfolgung eines öffentlichen Zwecks . . . . .	614
IV. Einwirkungsmöglichkeiten der Anteilseigner . . . . .	618
1. Allgemeine Zuständigkeiten der Anteilseigner . . . . .	618
2. Personalhoheit der Anteilseignerversammlung . . . . .	620

3. Beschlussfassung in der Anteilseignerversammlung .....	622
4. Konzernrechtlich fundierte Einflussnahme .....	624
V. Überwachung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat .....	626
1. Grundmodell des Aktienrechts .....	626
2. Der Aufsichtsrat in der GmbH .....	627
3. Weisungsfreie und eigenverantwortliche Mandatsausübung .....	627
4. Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat .....	628
VI. Informationsordnung .....	630
1. Weitergabe von Informationen an die Aktionäre .....	631
2. Informationsfluss vom Vorstand zum Aufsichtsrat .....	632
3. Umgang mit vertraulichen Informationen .....	632
4. Informationsordnung in der GmbH .....	635
VII. Fazit .....	636
Sachverzeichnis .....	637